

## **Dr. Andreas Keller: Rede zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2019 in Paderborn**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Paderbornerinnen und Paderborner,  
liebe Gäste der Stadt!

Heute feiern wir den 1. Mai. Das ist unser Tag. Der Tag der internationalen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Den Tag, an dem wir für unsere Rechte kämpfen. In Deutschland, Europa und der ganzen Welt.

Vor fast genau 70 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz verabschiedet und damit auch das Streikrecht anerkannt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde zum Sozialstaat erklärt. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, heißt es in unserer Verfassung. Dieser Grundgesetzartikel ist aktueller sind, denn je – denkt man daran wie verantwortungslos viele Großkonzerne oder Immobilienhaie mit ihrem Eigentum umgehen. Beispiel Feinstaubbelastung, Beispiel Mitwucher. Es muss Schluss sein damit, dass die Kosten und Risiken auf Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden, aber die Profite in die Taschen weniger wandern.

Vor 70 Jahren wurde aber auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet. in diesem Jahr feiert der DGB sein 70jähriges Bestehen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren nach dem Zweiten Weltkrieg die politischen Akteure der ersten Stunde, die für einen demokratischen Wiederaufbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sorgten.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ – dieser Slogan war für die deutsche Arbeiterbewegung nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis, das alljährlich zum Antikriegstag am 1. September wiederholt wird. Dieses Motto ist und bleibt Leitmotiv gewerkschaftlichen Handelns. Die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung am 2. Mai 1933 und die Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im NS-Faschismus haben unauslöschlich das Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften geprägt.

Daran heute zu erinnern, ist heute leider notwendiger denn je – in Zeiten der zunehmenden Geschichtsvergessenheit, ja Geschichtsleugnung durch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten! Die Gewerkschaften stehen daher genau so eindeutig wie vor 70 Jahren zu ihrer Losung: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Viele Menschen fühlen sich verunsichert und machen sich Zukunftssorgen für sich selbst und ihre Kinder, weil sich unsere Arbeitswelt und Gesellschaft radikal im Umbruch befinden. Die rechten Hetzer und Feinde unserer Demokratie versuchen aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen –

und dass mit Erfolg, wie ihre Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen. Sie sitzen inzwischen in allen Landtagen und sogar im Bundestag.

Und noch viel schlimmer. Sie haben das öffentliche Klima so sehr vergiftet, dass Menschen wieder wegen ihrer anderen Meinung, ihrer anderen Religion, ihrer anderen Hautfarbe verfolgt werden. Wir haben einen Punkt erreicht, wo auch auf den Straßen unseres Landes wieder Menschenjagden stattfinden.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Wir treten Rassismus, Rechtspopulismus und völkischem Nationalismus mit Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten 70 Jahren haben wir Gewerkschaften für die abhängig Beschäftigten in diesem Land viel erreicht! Wir sind viele, wir sind stark. Wir kämpfen für das Wohl der arbeitenden Menschen. Unsere Organisationsstärke ist unsere Kraft! Mit sechs Millionen Mitgliedern kämpfen wir tagtäglich für die Interessen der Beschäftigten.

Wie viel wir Gewerkschaften politisch erreichen können, stellen wir auch aktuell unter Beweis. Durch die Tarifabschlüsse, die wir Gewerkschaften 2018 erkämpft haben, sind die Löhne um durchschnittlich 3 Prozent gewachsen. Die höchsten Tarifzuwächse haben wir letztes Jahr im Bauhauptgewerbe mit 5,2 Prozent erreicht. In diesem Jahr konnten wir im öffentlichen Dienst mit einem Lohnzuwachs von acht Prozent in 33 Monaten einen ordentlichen Abschluss erfolgen. Das sind wichtige Erfolge!

Aber auch qualitativ haben die Gewerkschaften in den Tarifrunden Durchbrüche erzielt. So hat die IG Metall die verkürzte Vollzeit sowie acht freie Tage bei Kinderbetreuung, Pflege und Schichtarbeit durchgesetzt. Mit dem Thema Arbeitszeit greifen wir auf, was unsere Kolleginnen und Kollegen bewegt, die mehr Zeit für die Familie und eine ausgewogene Work-Life-Balance haben. Das ist gut so!

Wir als GEW kämpfen außerdem dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen und in der Sekundarstufe I an Haupt- und Real-, Sekundar- und Gesamtschulen genauso gut bezahlt werden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien. Das ist ein überfälliger Schritt, da die Arbeit an allen Schulformen anspruchsvoll ist und daher die Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer in der Regel gleich lang dauert – auch hier in Nordrhein-Westfalen.

In den ersten Bundesländern konnten wir die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte durchsetzen – darunter mit Berlin und Brandenburg Länder, die bekanntermaßen nicht zu den reichsten in der Bundesrepublik gehören. Wir fordern daher, dass endlich auch NRW nachzieht. Es geht darum, den Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver zu machen und so den Lehrkräftemangel zu bekämpfen. Es geht aber auch um den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es ist kein Zufall,

dass der Frauenanteil bei den Lehrkräften an Grundschulen mit über 90 Prozent deutlich höher ist als an den Gymnasien. Die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte ist daher auch ein Beitrag zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern. Auch NRW darf seine Lehrerinnen und Lehrer nicht länger im Regen stehen lassen!

Auch in der Politik der Großen Koalition in Berlin hinterlässt der unermüdliche Einsatz des DGB und der Gewerkschaften Spuren. Wir alle haben noch in frischer Erinnerung, wie chaotisch der Start der GroKo war. Unvergessen die absurden Alleingänge von Seehofer in der Asyl- und Flüchtlingsfrage. Inzwischen hat die Bundesregierung mit der Arbeit angefangen. Und es war nicht umsonst, dass wir Gewerkschaften ordentlich Druck gemacht haben.

Wir haben uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Arbeitgeber wieder in die Pflicht genommen werden und die Gesetzliche Krankenversicherung seit Jahresbeginn wieder paritätisch finanziert wird. Das bringt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentnerinnen und Rentner eine Entlastung in Höhe von 8 Milliarden Euro.

Wir haben erste Fortschritte bei der Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus durchgesetzt. Und wir werden nicht nachlassen. Es reicht uns nicht, dass das Rentenniveau nur bis 2025 stabil bleiben soll. Wir wollen ein höheres Niveau der gesetzlichen Rente und wir wollen, dass es dauerhaft hoch bleibt. Was wir wollen, ist eine gesetzliche Rente, die es jeder und jedem ermöglicht, im Alter ein Leben in Würde zu führen! Und eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist klar, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab, und zwar ohne Wenn und Aber.

Wir haben die Debatte um bezahlbaren Wohnraum wesentlich vorangetrieben. Wir lassen nicht zu, dass die Beschäftigten nichts von ihren mühsam erkämpften Lohnerhöhungen haben, weil sie durch maßlose Mieterhöhungen wieder einkassiert werden. Gutes Wohnen darf nicht unerschwinglicher Luxus werden, den sich nur noch wenige leisten können. Daher brauchen wir endlich eine wirksame Mietpreisbremse, die ihren Namen wirklich verdient!

Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz zumindest gelockert wird. Es ist ein wichtiger Teilerfolg unserer Arbeit, dass Bundestag und Bundesrat jetzt den Weg frei für den Digitalpakt gemacht haben, mit dem der Bund in eine bessere Ausstattung der Schulen investieren kann. Denn die Gebäude und die Ausstattungen in vielen Schulen sind marode und veraltet. Es fehlt an Datenleitungen und modernen Geräten, die den Anschluss an das digitale Zeitalter ermöglichen. Der Handlungsbedarf ist enorm.

Aber der Digitalpakt kann nur ein erster Schritt hin zu vollständiger Abschaffung des Kooperationsverbots im Grundgesetz sein. Es ist doch absurd: Bund und Länder dürfen nach unserer Verfassung nicht zusammenarbeiten, um unser Bildungssystem zu verbessern. Diese Kleinstaaterei mag ins 19. Jahrhundert gepasst haben, im 21. Jahrhundert ist sie anachronistisch. Wir brauchen kein

Kooperationsverbot, sondern ein Kooperationsgebot. Der Bund darf sich nicht aus seiner Verantwortung für ein leistungsfähiges Bildungssystem stehlen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen

wir alle haben den Anspruch auf anständige Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigungsperspektiven! Dazu gehört auch der Kampf gegen befristete Arbeitsverträge.

Wir unterstützen daher das Vorhaben der Großen Koalition, sachgrundlose Befristungen einzuschränken. Unterstützt von Teilen der Union gehen die Arbeitgeber jedoch inzwischen in Totalopposition zu diesem Vorhaben. Sie haben gleich drei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um Teile des Gesetzentwurfs für verfassungswidrig erklären zu lassen.

Schauen wir uns doch an, wie sehr sich die Unsitte der Befristung inzwischen verbreitet hat, egal ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst: 40 Prozent aller Berufsanfänger bekommen nur noch einen befristeten Job. Über 17 Prozent der 25-34 Jährigen haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Damit ist genau die Altersgruppe besonders betroffen, bei denen die Familienplanung ganz oben auf der Tagesordnung steht. Und wie soll das gehen, wenn die beruflichen Perspektiven völlig im Ungewissen liegen?

Wir Gewerkschaften werden weiter für diese jungen Menschen, aber auch alle anderen Betroffenen Druck machen, damit Unsicherheit und Willkür auf dem Arbeitsmarkt verschwinden.

Ausgerechnet an den Hochschulen unseres Landes haben wir es mit einem regelrechten Befristungsunwesen zu tun. Neun von zehn wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mit einem Zeitvertrag abgespeist. Über die Hälfte der Zeitverträge hat eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Auch hier in Paderborn – an der 1972 als Gesamthochschule gegründeten Universität – herrscht das Hire-and-Fire-Prinzip. 91 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind befristet beschäftigt. Häufig wird ein Kurzzeitvertrag an den nächsten gereiht – Kettenverträge sind an den Hochschulen der traurige Regelfall.

Das ist nicht nur unfair gegenüber den hoch qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch die Qualität von Forschung und Lehre leiden darunter. Deswegen muss endlich Schluss sein mit dem Befristungswahn: Wir brauchen Dauerstellen für Daueraufgaben – auch den Hochschulen genauso wie im gesamten öffentlichen Dienst und in allen anderen Branchen!

Frist ist Frust – das ist das Motto einer Kampagne, die die Bildungsgewerkschaft GEW gemeinsam mit ver.di und einem bundesweiten Zusammenschluss von Mittelbauinitiativen gestartet hat. Damit schalten wir uns in die laufenden Verhandlungen über die Zukunft des Hochschulpakts ein.

Mit dem Hochschulpakt sorgen Bund und Länder für mehr Studienplätze an unseren Hochschulen. Dieser Pakt soll in Zukunft auf unbestimmte Zeit laufen, also verstetigt werden – gut so. Damit gibt es aber keine Ausrede mehr, dass mit dem Hochschulpakt nur befristete Beschäftigungsverhältnisse für unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finanziert werden. Aus dem Hochschulpakt muss ein Entfristungspakt werden!

Übermorgen, am 3. Mai, wird in Berlin die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern die Weichen für die Zukunft des Hochschulpakts stellen. Darum heißt es für uns: Heraus auch am 2. Mai! Wir werden morgen, am Vortag der Entscheidung in Berlin, gegen Frust durch Frist, für eine Entfristungsoffensive und für mehr Dauerstellen für Daueraufgaben demonstrieren. Unser Motto: Wir haben nichts zu verlieren als unsere Kettenverträge!

Apropos Hochschulen. Hier in Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Hochschulstandort in Deutschland. Ein Viertel aller Studierenden sind an einer Universität oder Fachhochschule in NRW eingeschrieben. Wir werden nicht zulassen, dass an den NRW-Hochschulen das Rad der Geschichte zurückgedreht wird.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich jedoch mit ihrem Gesetzentwurf für eine Novellierung des Hochschulgesetzes einen Demokratieabbau auf die Fahnen geschrieben. Vereinbarungen, die das Land mit den Hochschulen für gute Arbeit getroffen hat, werden in Frage gestellt. Und die Zivilklausel, mit der das Hochschulgesetz die Hochschulen des Landes verpflichtet, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt zu leisten, soll gestrichen werden.

Herr Ministerpräsident Laschet, Frau Ministerin Pfeiffer-Poengens, wir sagen sehr deutlich: 1968 wurden die Talare an den Hochschulen zurecht ausgelüftet – wir wollen nicht zurückkehren zur Ordinarienuniversität, wir brauchen moderne, demokratische und soziale Hochschulen!

Studierenden, wissenschaftliche und administrativ-technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen an wichtigen Entscheidungen auf Augenhöhe mitbestimmen können. Wir brauchen faire Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für das Personal. Und wir stehen zum Grundsatz der Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und unterstützen Hochschulen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Militärforschung ablehnen und Forschung und Lehre auf zivile, nicht-militärische Ziel verpflichten möchten.

Der Gesetzentwurf muss daher vom Tisch und gründlich gegen den Strich gebürstet werden – für eine demokratische und soziale Hochschule!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in gut drei Wochen finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Am 26. Mai sind wir alle gefragt. Europa ist zu wichtig. Wir dürfen sein Schicksal nicht den Nationalisten, Rechtspopulisten,

Rechtsextremisten und Neofaschisten mit ihrem Gebrüll nach neuen Mauern und Grenzzäunen überlassen.

Auf der anderen Seite dürfen wir auch nicht den Fehler machen, die Kritik an der Europäischen Union den Rechten zu überlassen. Europa stärken heißt gerade, schonungslos die Fehler in der bisherigen Europapolitik anzuprangern und einen Kurswechsel einzufordern.

Mit unserer Stimme stellen wir die Weichen. Entweder für ein anderes Europa, das die Menschen schützt und ihnen ein Zuhause gibt. Oder für ein Europa des „Weiter so“, das seine Bürgerinnen und Bürger schutzlos dem Toben der Marktkräfte ausliefert.

Europa. Jetzt aber richtig! So lautet daher das Motto der diesjährigen Aktionen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zum heutigen Tag der Arbeit. Wir gehen heute gemeinsam auf die Straße für eine solidarische und gerechte Europa.

Ohne Frieden ist alles nichts! Deshalb darf sich Europa nicht in eine neue Aufrüstungsspirale zwingen lassen und muss seinem Gründungsversprechen als Friedenprojekt treu bleiben. Was wir brauchen, ist ein Europa, das auf der Weltbühne Konfliktprävention betreibt, humanitäre Verantwortung übernimmt und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Was wir nicht brauchen, ist ein Europa, das sich an dem Wahnsinn des internationalen Rüstungswettlaufs beteiligt.

Europa. Jetzt aber richtig! Es ist höchste Zeit für ein Europa, das die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten verbessert! Die Menschen wenden sich ab von einem Europa, das den freien Binnenmarkt auf Kosten sozialer Rechte verwirklicht! Wir wollen kein Europa, das auf Teufel komm raus dereguliert. Wir wollen kein Europa, das mit seiner gnadenlosen Sparpolitik soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit schürt!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
wenn wir sichergehen wollen, dass Europa eine Zukunft hat, wenn wir sicher gehen wollen, dass die rechten Schreihälse mit ihren nationalistischen und europafeindlichen Parolen nicht die Oberhand gewinnen, dann brauchen wir eine andere Europäische Union – eine Union, der die Menschen wieder vertrauen. Europa. Jetzt aber richtig!

Wir brauchen eine Kehrtwende hin zu einer Europäischen Union, die sozialen Rechten den Vorrang gibt vor Marktfreiheiten, die Kehrtwende hin zu einer EU, die nicht länger Vorreiter eines neoliberalen Marktradikalismus ist, sondern Vorbild für eine faire Globalisierung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger müssen Vorrang haben vor den Profitinteressen der Unternehmen. Deshalb halten wir Gewerkschaften an unserer langjährigen Forderung fest, dass

wir endlich ein soziales Fortschrittsprotokoll im EU-Vertrag bekommen, das den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten garantiert!

Europa. Jetzt aber richtig! Das heißt für uns: Europaweite Standards für gute Arbeitsbedingungen statt Dumping-Wettbewerb durch Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen. Wir müssen daher auch darüber reden, dass die EU dazu beigetragen hat, die Tarifsysteme vieler Mitgliedstaaten massiv zu schwächen. Am schlimmsten hat es dabei Griechenland erwischt: Dort haben 42 Prozent der Beschäftigten ihren Tarifvertrag verloren.

Das Ziel europäischer Politik muss doch genau das Gegenteil sein! Europa muss endlich wirksame Anreize setzen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Deshalb fordern wir: Die Tariftreue von Unternehmen muss europaweit zwingende Voraussetzung werden für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und um an EU-Gelder heranzukommen.

Es steht nicht gut um die öffentlichen Infrastrukturen in Europa: Bahnstrecken wurden privatisiert oder stillgelegt, der öffentliche Nahverkehr wird kaputtgespart, Brücken brechen ein, Schulen und Hochschulen verrotten. Die Haushaltspolitik des „Gesundsparens“ ist in Wahrheit eine Politik des Kaputtsparens, mit der endlich Schluss sein muss!

Europa. Jetzt aber richtig! Das heißt für uns daher auch: Wir brauchen ein Programm für Zukunftsinvestitionen in Europa, das Arbeitsplätze, Bildung, Infrastruktur und Wohlstand für alle sichert und fördert. Die Menschen müssen konkret erleben, dass die EU ihr Leben nachhaltig verbessert.

Und wir wissen sehr genau, wo wir ansetzen müssen, um ein solches Investitionsprogramm finanzieren zu können. Wie wäre es denn damit, wenn wir in Europa endlich eine Digitalsteuer einführen, statt tatenlos dabei zuzusehen, wie die US-amerikanischen Internet-Riesen sich bei uns systematisch davor drücken, anständig Steuern zu bezahlen? Und wo bleibt die Einführung einer Quellensteuer, die die EU-Mitgliedstaaten auf alle Zahlungen von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren in Niedrigsteuerrländer erheben können? Die Quellensteuer ist überfällig!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
wir kämpfen für ein anderes Europa – ein Europa, das für die Menschen da ist und deshalb von den Menschen als richtig empfunden wird. Erreichen lässt sich dieses Ziel nur, wenn die demokratischen und proeuropäischen Kräfte im nächsten Europäischen Parlament über eine starke Mehrheit verfügen. Gleichzeitig müssen die Politik und die Sozialpartner aber auf nationaler Ebene ihre Hausaufgaben machen, um den Menschen mehr soziale Sicherheit zu geben. Lasst uns dafür gemeinsam eintreten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns diesen 1. Mai als Tag feiern, an dem wir für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa kämpfen.

Lasst uns unseren 1. Mai feiern, an dem wir für sichere und gute Arbeit kämpfen, für bessere Bildung, für ein solidarisches und gerechtes Europa.

Europa. Jetzt aber richtig! Wir brauchen kein Europa der Banken und des Kapitals, sondern ein Europa der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein solidarisches und soziales Europa in Frieden und Wohlstand.

Dafür gehen heute in Deutschland Zehntausende von Menschen mit uns auf die Straßen. Uns alle eint die Überzeugung, dass wir dieses Land dieses Land und diesen Kontinent verändern und verbessern können.

Europa. Jetzt aber richtig! Glück auf!